

Meldung 19.02.2009 14:38

Droht in Europa eine Staatspleite?

von Notker Blechner

Vor einigen Monaten erschien ein Bankrott eines europäischen Staates noch undenkbar. Inzwischen aber wird dies selbst von EU-Politikern nicht mehr ganz ausgeschlossen. Die sinkende Bonität südeuropäischer Länder und die Situation in Osteuropa sorgen für Beunruhigung. Darunter leiden Euro und Staatsanleihen.

Notenbanker und Politiker sind besorgt. Nach dem Fast-Bankrott Islands und Gerüchten über eine Zahlungsunfähigkeit Ungarns könnten weitere Länder in Europa in den Krisensog geraten. Im Eurotower der Europäischen Zentralbank (EZB) und am Sitz der EU-Kommission in Brüssel werden angeblich schon Extrem-Szenarien durchgespielt, was passieren würde, falls ein Staat in der Euro-Zone tatsächlich vor der Pleite stünde.

Öl ins Feuer goss Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD). Er soll Anfang der Woche auf einer Parteiveranstaltung in Düsseldorf gesagt haben, es gebe im Euro-Raum einige Länder, die in Zahlungsschwierigkeiten kommen könnten.

Griechenland, Portugal und Spanien herabgestuft

Besonders die südeuropäischen Länder haben massiv Probleme. Die Krise hat den Finanzierungsbedarf drastisch erhöht. Anleger bezweifeln, ob die Länder es schaffen, sich trotz erschwelter Bedingungen weiter zu finanzieren. Manche befürchten gar Zahlungsausfälle. Auch die Rating-Agenturen sind skeptisch. Standard & Poor's hat jüngst die Kreditwürdigkeit Griechenlands, Portugals und Spaniens herabgestuft. Auch Irland droht eine Herabstufung der Bonität.

Als weiterer potenzieller Krisenherd neben Südeuropa gilt Osteuropa. Nach Lettland und Ungarn sehen Experten wie Daria Orlova, Osteuropaexpertin der DekaBank, Estland, Litauen, Rumänien und Bulgarien als nächste Krisenkandidaten. Zusätzliche Furcht schürt die Ratingagentur Moody's. In einer Studie warnt sie davor, dass die Rezession in Osteuropa heftiger ausfallen werde als in anderen Regionen. Vor allem Banken würden hart getroffen. Höhere Vorsorgen für faule Kredite, steigende Refinanzierungskosten und der Verfall der einheimischen Währungen machen ihnen zu schaffen. Dies würde auch viele westeuropäische Banken mit in den Negativ-Sog reißen, denn sie beherrschen weitgehend den Markt in Osteuropa. Vor allem Österreichs Banken sind stark in

Mittel- und Osteuropa engagiert.

So wird selbst Österreich inzwischen als Pleitekandidat gehandelt. Am Wochenende titelte das Wirtschaftsmagazin "Profil": "Droht Österreich der Bankrott?" Die Alpenrepublik dürfte am meisten von der Osteuropa-Krise nach unten gezogen werden. Laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich haben österreichische Institute in Osteuropa knapp 230 Milliarden Euro an Krediten vergeben haben. Das sind mehr als 70 Prozent der Wirtschaftsleistung des Alpenstaates. Wegen des Verfalls der Landeswährungen sind die Kredite kaum noch rückzahlbar.

Hohe Risikoaufschläge bei Staatsanleihen

Dementsprechend entwickeln sich die Risikoprämien bei Staatsanleihen auseinander, selbst innerhalb der Euro-Zone. Für eine griechische Staatsanleihe mit zehnjähriger Laufzeit muss ein deutlich höherer Aufschlag von derzeit 240 Basispunkten gezahlt werden als bei zehnjährigen Bundesanleihen. Das heißt: die Renditen von griechischen Staatsanleihen sind deutlich gestiegen und liegen jetzt rund drei Prozentpunkte über dem Niveau vergleichbarer Bundesanleihen. Der griechische Staat muss also für Kredite deutlich mehr bezahlen als Deutschland. Viele Anleger sind offenbar der festen Überzeugung, dass unter allen Euro-Ländern der deutsche Staat noch der sicherste Schuldner sein dürfte. Außerdem sind die Bundesanleihen besonders liquide.

Die Renditeabstände (Spreads) zwischen den Staatsanleihen verschärfen die Kluft zwischen den Euro-Ländern noch mehr, lassen die Schulden weiter wachsen, belasten die Kreditwürdigkeit einzelner Länder noch mehr und vergrößern so die Gefahr eines Staatsbankrotts. Experten reden Klartext. "Selbst besonnene Leute denken darüber nach, ob ein Euro-Mitglied wie Griechenland zahlungsunfähig wird", sagte der renommierte US-Ökonom Barry Eichengreen gegenüber der Financial Times Deutschland.

Euro-Raum vor der Zerreißprobe?

Die Folgen wären fatal: Die Euro-Zone könnte auseinanderbrechen, befürchten Experten, die Gemeinschaftswährung wäre ernsthaft in Gefahr. Doch damit rechnet kaum jemand. Die meisten Experten gehen davon aus, dass die Politiker und Notenbanker kein Land einfach schwups fallen lassen.

Fragt sich bloß wie. Laut EU-Vertrag darf die EZB Euro-Staaten nicht direkt Kredite gewähren oder ihre Schulden über zusätzlich gedrucktes Geld bezahlen. Außerdem schreibt die No-Bailout-Klausel vor, dass die EU-Länder nicht für die Schulden eines Mitgliedsstaats aufkommen müssen. Doch es gibt andere Mittel: Die EZB

kann zum Beispiel am Sekundärmarkt Staatsanleihen des notleidenden EU-Lands kaufen und damit die Nachfrage für den Emittenten stützen. In den USA macht die Notenbank Fed keinen Hehl daraus, diese Strategie gegebenenfalls anzuwenden. Sie hat angekündigt, notfalls US-Staatsanleihen zu kaufen.

Berlin gegen gemeinsame Euro-Staatsanleihen

Alternativ wird inzwischen erwogen, statt nationaler Schuldentitel gemeinsame Euro-Staatsanleihen herauszugeben. Bundesfinanzminister Steinbrück lehnt dies ab. Die Zinsen würden für die Euro-Problemstaaten zwar sinken, für Deutschland aber steigen und Mehrkosten für den Bundeshaushalt verursachen.

So schwebt das Damoklesschwert eines Staats-Bankrotts weiter über der EU. Und belastet den Euro. Seit Anfang des Jahres ist er von 1,40 auf 1,27 Dollar gerutscht – und befindet sich nicht mehr weit von seinem letzten Tief von November 2008 entfernt.

© boerse.ard.de

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung der boerse.ard.de